



MELANIE
BERNSTEIN

Für Sie im Bundestag.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter,

auch heute heißt es wieder: „Post für 006“!

Aktuelle politische Situation

Die Bundesregierung hat die Eckwerte für den **Bundshaushalt 2020** und den Finanzplan bis 2023 beschlossen. Ab Spätsommer beginnt dazu das parlamentarische Verfahren. Hier gilt es, den starken Anstieg der Sozialausgaben zu bremsen, um mehr Gelder in Infrastruktur, Digitales oder Forschung & Entwicklung zu investieren.



Kennen Sie schon meinen neuen [WhatsApp-Informationen-Service](#)?

Diese Woche im Plenum

Bereits am Mittwoch haben wir das **deutsch-französische Parlamentsabkommen** verabschiedet, mit dem eine engere Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern vereinbart wurde. Kern dieses Abkommens ist eine bi-nationale Parlamentarische Versammlung, in die ich als **stellvertretendes Mitglied** gewählt wurde. Mit dem Abkommen sollen leichter gemeinsame Lösungen für die Herausforderungen gefunden werden, die beide Länder und die Europäische Union als Ganzes betreffen.

Am Donnerstag haben wir zunächst das **Familienstärkungsgesetz** endgültig verabschiedet. Damit schaffen wir einen klaren Mehrwert für Familien mit kleinen Einkommen, der direkt den Kindern zugutekommt. Die Neuregelung besteht aus zwei Komponenten: der Erhöhung des Kinderzuschlags und der Verbesserung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Familien können in Zukunft beide Leistungen deutlich unbürokratischer und einfacher beantragen.

Durch die **Neugestaltung des Kinderzuschlags** werden Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf zielgenauer erreicht. Die harte Abbruchkante, ab der es keinen Kinderzuschlag mehr gibt, wird abgeschafft. Eltern, denen höchstens 100 Euro fehlen, um als hilfebedürftig nach SGBII zu gelten, haben künftig Anspruch auf den Kinderzuschlag.

Die **Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes** ist die zweite Komponente des Gesetzes. Der Eigenanteil für die Schülerbeförderung und für das gemeinschaftliche Mittagessen in der Schule fällt künftig weg. Das entlastet Träger und Kommunen von Bürokratie und Leistungsbezieher von Kosten.

Im Anschluss daran haben wir am Donnerstag folgende **Auslandseinsätze der Bundeswehr** - in namentlicher Abstimmung - um jeweils ein weiteres Jahr bis zum 31. März 2020 verlängert:

a) Resolute Support (Afghanistan)

Mit diesem Mandat beschließen wir die fortgesetzte deutsche Beteiligung an der NATO-geführten internationalen Mission „Resolute Support“ zur **Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und**

Sicherheitskräfte. Zugleich wird Deutschland auch weiterhin Führungs- und Rahmennation im Norden Afghanistans bleiben.

Um dem gesamten Aufgabenspektrum und auch der hohen Schutzverantwortung gerecht werden oder auch die Ausbildungsleistungen in Kundus weiter anbieten zu können, verbleibt die **Obergrenze des Mandats** auf dem bisherigen Niveau von **1.300 Soldatinnen und Soldaten**.

Mit der Verlängerung des Mandates bekennt sich Deutschland nicht nur zum gemeinsamen Ziel der Allianz, dass Afghanistan in der jetzigen, schwierigen Übergangsphase nicht im Stich gelassen wird, sondern sendet zugleich ein **wichtiges bündnispolitisches Signal** der Kontinuität.

b) SEA GUARDIAN (Mittelmeer)

Wir setzen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten **Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN** im Mittelmeer fort. Die Obergrenze wird auf unverändert **650 Soldatinnen und Soldaten** festgelegt.

SEA GUARDIAN hat die Möglichkeit, Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen. Zudem wirkt die Operation durch die Präsenz der Einsatzkräfte als **präventiver Ordnungsfaktor**.

Angesichts der hohen Bedeutung von maritimen Verkehrs- und Versorgungswegen ist die **Sicherheit im Mittelmeerraum** für die NATO und ihre Mitglieder von zentraler Bedeutung. Sie ist ein Instrument, um Krisenentwicklungen im maritimen Umfeld und maritimen Terrorismus frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

c) UNMISS (Südsudan)

Der Bundestag hat zugestimmt, dass Deutschland sich weiterhin an der **Mission der Vereinten Nationen** in der Republik Südsudan (UNMISS, United Nations Mission in the Republic of South Sudan) beteiligt. Dieses Mandat umfasst die Bereiche Schutz von Zivilpersonen, Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte und die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses.

Der **deutsche militärische Beitrag** für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit **Einzelpersonal** in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen. Darüber hinaus kann deutsches Personal im Bedarfsfall die Ausbildung von VN-Angehörigen im Hauptquartier von UNMISS temporär unterstützen.

Südsudan bleibt auf die intensive Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen. Es ist daher richtig, dass wir auch weiter maßgeblich zur **Stabilisierung in Südsudan und der Region** beitragen.

d) UNAMID (Darfur)

Es liegt im deutschen Interesse, an einer nachhaltigen Lösung für den Darfurkonflikt mitzuwirken und zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region beizutragen. Deutschland ist die einzige europäische Nation, die sich an UNAMID militärisch beteiligt. Die **Mandatsobergrenze** bleibt bei **50 einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten**.

Die Bundesregierung sendet durch die Fortsetzung ihres Engagements ein wichtiges **Signal zur Unterstützung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union**, ebenso wie an die Menschen in Darfur. Dies ist umso wichtiger, da wir aktuell nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates sind. Die deutschen Streitkräfte handeln bei ihrem Einsatz als Teil der gemeinsam von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Friedensmission UNAMID.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 13. Juli 2018 das Mandat von UNAMID einstimmig um ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 2019 verlängert. Von einer weiteren, voraussichtlich letztmaligen Verlängerung im Juni 2019 durch den VN-Sicherheitsrat ist auszugehen. **2020 soll die VN-Mission beendet werden.**

Wie immer gilt mein Dank und meine persönliche Anerkennung unseren Soldatinnen und Soldaten, die sich in diese nicht immer einfachen Auslandseinsätze begeben.

Dieser Dank schließt auch die Familienangehörigen ein, die lange ohne ihre Liebsten auskommen müssen.



Weitere Termine in dieser Woche

In jeder Plenarwoche nehme ich viele Termine wahr, die aus meiner Sicht wichtig auch für unseren Wahlkreis bzw. Schleswig-Holstein sind. Hier finden Sie eine kleine Auswahl:

a) CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Am Montag Abend war Bildungsministerin Karin Prien zu Gast bei uns in der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein. Dabei haben wir nochmal über den **Digitalpakt** gesprochen, bei dem der Bund zusätzliche Mittel für Schulen bereitstellt, obwohl eigentlich nur die Länder dafür zuständig sind. Für die Schulen in unserer Heimat stehen dann 187 Millionen Euro zur Verfügung, wovon **170 Millionen Euro vom Bund** kommen.



b) Gesamtverband der SH-Häfen

Bereits zum zehnten Mal hat der **Gesamtverband Schleswig-Holsteinischer Häfen** zu seinem Maritimen Frühstück eingeladen. Nach Hamburg und Bremen sind die Häfen in unserer Heimat die Nummer drei in Deutschland. Damit alle Seehäfen auch weiterhin international wettbewerbsfähig bleiben können, muss u.a. die geplante **Absenkung bei der EEG-Umlage** für Landstrom bald kommen. Zudem brauchen wir weitere Impulse zur Digitalisierung.



c) Arbeitskreis Küste

Ende Mai findet die **11. Nationale Maritime Konferenz** statt. Dazu bereiten wir in unserer Fraktion gerade einen **Maritimen Antrag** vor, um notwendige Impulse für unsere maritimen Unternehmen zu setzen. Dafür laden wir wichtige Interessenverbände in unseren AK Küste ein. Heute war der **Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM)** bei uns zu Gast.



Dabei hat der VSM nochmal deutlich gemacht, dass China die eigene maritime Wirtschaft personell und finanziell in großem Maße unterstützt, um technologisch auf unser Level zu kommen. Schon 2025 soll dies eintreten. Deswegen müssen wir weiter verstärkt in **Forschung & Entwicklung investieren**, damit der Spezialschiffbau (z.B. Kreuzfahrtschiffe oder Mega-Yachten) auch in Zukunft in Deutschland verbleibt.

Ein wichtiges Signal - gerade nach Europa - wäre es außerdem, wenn Deutschland die Maritime Wirtschaft in seine **Industriestrategie** aufnimmt. **Ganz verheerend** für unseren Schiffbau, gerade auch in Kiel, ist die derzeitige Blockade der SPD in Fragen von Rüstungsexporten.



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Termin-Auswahl

25. März

[CDU Stadtbezirksverbände Neumünster](#)

Infogespräch

26. März

[Hilfspunkt NMS e.V.](#)

Infogespräch

27. März

[Mehrgenerationenhaus Tungendorf](#)

Beiratssitzung

27. März

[Lokschuppen NMS e.V.](#)

Infogespräch

29. März

[Freiwillige Feuerwehr Bönebüttel-Husberg](#)

Festkommers

01. April

[Deutscher Bundestag](#)

Sitzungswoche

05./06. April

[AG Kultur & Medien](#)

Klausurtagung in Weißenfels

08. April

[Deutscher Bundestag](#)

Sitzungswoche

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

